

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Stells, Höfer, Gensel und Reichsleiter emblemen den Verlag der Hofung für Vergrößerung und Entschärfung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Braunschweigstr. 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Braunschweigstr. 30. Fernsprecher Nr. 1277

Verlagspreis für die Abonnenten:  
Einzelnummer 1 Mark. - Vierteljährlich 3 Mark. - Halbjährlich 5 Mark. - Jahrsbeitrag 9 Mark. - Auslandsendung 10 Mark. - Postgebühren sind nicht inbegriffen.

Nummer 39

Halle, 29. September 1928

4. Jahrgang

## Das Genfer Fiasko

Es wäre taktisch falsch, das völlige Versagen der Genfer Verhandlungen abzuleugnen oder auch nur abschwächen zu wollen. Das gilt sowohl von den Befürwortern über die deutschen Fragen, also über Reparationen, Sicherheit und Abrüstung, wie über die Abstrücker. Die Politik, die Deutschland bisher betrieben hat, ist in sich richtig gewesen. Die Feststellung muß mit um erhöhtem Nachdruck gemacht werden, weil es vorläufig auch keine andere gibt. Erfolge sind damit auch erzielt worden, die nur parteipolitische Demagogie zu verkümmern beliebt ist. Über gerade deshalb und um einen großen Gedanken für die Zukunft zu retten, soll man den Deutschen und ihrem Anhang nicht die Kritik überlassen und damit erleichtern. Richtige Einstellung wird heute sagen: Die deutsche Verhandlungspolitik ist augenblicklich auf einem toten Geleise angelangt, wie es ja in der Geschichte der Diplomatie häufig genug vorkommt. Wir haben nichts erreicht, weil die Gegenseite sich der Erkenntnis des Notwendigen verschloß, oder Ziele verfolgte, die nicht unsere Ziele sind. Deshalb brauchen wir den Geist von Doornik nicht zu verlernen. Wir werden auf ihn zurückkommen, wenn die Stunde dafür geeignet erscheint. Vielleicht ist sie gar nicht fern. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen in den Ländern, die uns in all diesen Fragen gegenüber standen, sind bereits im Gange und können rascher als mancher erwartet, ein Ergebnis haben. Das gilt besonders von England, wo die herrschende konservativ-parteiliche sich gegen jegliche Angriffe zur Wehr setzen muß, ohne dabei über Selbstlosigkeit im eigenen Lager verfügen zu können. Auch in Frankreich wäre ein Wandel denkbar, wenn nur die Sozialisten ihren gemäßigten Führer Renaudel und Leon Blum folgen und die ihnen wiederholt an gebotene Arbeitsgemeinschaft mit den Radikalsocialisten einlassen würden. Jedenfalls liegen die Dinge nicht hoffnungslos. Wir haben keinerlei Veranlassung, die Doornikpolitik als endgültig gescheitert anzusehen, weil wir uns jetzt in einem Zeitpunkt befinden. Wir gefährden sie aber, wenn wir dem Sturm der Rechten nichts weiter entgegenstellen würden, als eine Behauptung von Tatsachen, die auf der Hand liegen. Statt dessen soll man an sie die Frage richten, was sie tun wollen. Darauf lie, genau wie bisher keine Antwort kommen.

### Die Abrüstungsdebatte

Kristine Briand hat in seiner leidenschaftlichen Rede in der Vollversammlung des Völkerbundes nicht etwa Falsches, sondern nur Wichtiges zu sehr und in zu häufiger Form gesagt. Die Presse seines Landes stellt in ihrer überwiegenden Mehrheit seine Auffassung und unterstreicht sie. Das ganze Verhalten der französischen Abordnung in Genf ist ja ein schlagendes Beweismittel, daß man das Problem nicht lösen will. Hermann Müller, und nach ihm Graf Bernstorff haben den Finger auf eine offene Wunde gezeigt. Deshalb die Enttäuschung, die auch hier aus dem Ausland kam, als sich Deutschland bei seinen Forderungen auf die Abrüstung stützen konnte. Was von Paul-Boncour an gesagt wurde, ist nicht hilfreich. Soweit es sich um die deutsche Behauptung handelt, daß Minister Gröner in Oberlin bereits das Notwendige gesagt. Es ist eine bewusste Verdröpfung, wenn behauptet wird, daß Deutschland zu einem Briege imstande wäre. Ihm fehlen die technischen Mittel, die heute auf dem Schrottfeld allein die Entscheidung bringen. Ganz abgesehen davon, sind wir von einer Lebensmacht eingekreist, deren jedes Wort militärisch beiseit gerufen ist als wir. Aber auch die Behauptung, Frankreich habe abgerüstet und seinen Bestand um 35 Proz. vermindert, treffen vorerst. Auf das lebende Herr kommt es nicht allein an, sondern auch auf die Reaktionen, die gewaltigen Verheerungen an unserer Westgrenze und auch die unbegrenzten Möglichkeiten. Nun wurde erklärt, es sei bedauerlich, eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, ehe sich die Seemächte geeinigt hätten, die noch an das Washington-Abkommen von 1922 gebunden sind. Man kann umgekehrt sagen, daß diese Mächte sich bisher nicht verständigen konnten, hat der Völkerbund seinen Satzungen gemäß die Initiative zu ergreifen. An Amerika scheitert das bestimmt nicht. Man will aber nicht. Der andere hört vor allen nur das Nein.

### Deutsche Stimmenthaltung

Die deutsche Abordnung hat sich, nachdem ihre eigene Entscheidung gefallen war, vor die Frage gestellt gesehen, ob sie die überarbeiteten Völkerbund-Entscheidungen zustimmen sollte. Nach den ausgearbeiteten Ausführungen des Grafen Bernstorff war das unmöglich. Sie konnte nur noch durch ein Letzt-Gebot Selbstlosigkeit verhindern. Davon ist sie zurückgegriffen. Sie hat genau wie die übrigen Stimmenthaltung geliebt, während die Leitererklärer vorher den Saal verließen. An dieser Haltung ist ihr Kritik bereits jetzt vorgetragen worden. Ganz abgesehen kann man sie nicht. Bernstorff hat nach seinen Zitationen gehandelt. Womöglich richtiger sich also nicht gegen ihn, sondern gegen die

Berliner Wilhelmstraße. Zur Begründung unserer Stellungnahme wurde ausgeführt, die Resolution bringe immerhin keine Fortschritte. Das ist aber richtig, nur fällt das angesichts der umfassenden Größe des Problems nicht zu schwer ins Gewicht. Wer etwas erreichen will, muß gewiß einmal ein Kompromiß auf hohem Wege machen, aber er muß sich dann darüber klar sein, daß er damit seine Ansprüche für die Zukunft, wenn auch nicht gefährdet, so doch in ihrer Schärfe läßt. Es wäre vielleicht nicht darauf ankommen, auf die kleinen Zugeständnisse zu verzichten, die praktisch doch keinen Wert haben, sondern einmal zu zeigen, daß man in dieser Frage unumkehrbar ist. Genau so werden wir als Streikfriede hingestellt, daß hat sich schon jetzt gezeigt, daß wir diesem Schicksal auch so nicht entgehen. Wir sind stärker als man in der Wilhelmstraße offenbar annimmt. Einmal ist unser Rechtsstandpunkt unanfechtbar, was ja auch Paul-Boncour in seiner letzten Rede wieder gegeben hat, so daß haben wir die Weltmeinung hinter uns. Wir sollen uns getroßt an die Spitze stellen. Hierher wird auch heute dafür mit Seinen bedauern, so fügen wir uns doch für die Zukunft damit nicht zu unterstehenden Nahrung, für die Abrüstung das Entscheidende geteilt zu werden. Im Notfall kann man auch von der Prämisse zu Teil 5 des Friedensvertrages Gebrauch machen, in der ja die automatische Abrüstung der anderen nach der unseren angeordnet wird. Das Saager Schiedsgericht könnte sich einer solchen Feststellung nicht entziehen.

### Die angelsächsische Spannung

Hier und da wird auf England als die treibende Kraft bei der Subotage der Abrüstung hingewiesen. Nicht ohne Grund. Nur wird die Schuld damit etwas einseitig verteilt. Zur See führt London, zu Lande Paris. Beide haben sich in den gleichen Bemühungen getroffen. Auf ihr Marineabkommen eingegangen, erlirigt sich, nachdem wir an dieser Stelle diese Frage besprochen haben. Jetzt kommt es nur auf die politischen Auswirkungen an. Dabei hat das Ungewisse der französischen Antisippen den Stempel beigefügt. Die Verwirklichung des geheimen Rundschreibens an die Französischen Vorkämpfer durch New York American hat die Amerikaner äußerst erörtert. Findet sich dort darin die Wendung, daß Englands maritime Überlegenheit den Vereinigten Staaten gegenüber dauernd gewahrt bleiben müsse. Ob, wie bisweilen angenommen wird, auch der Laui d'Orsay bei der Indiskretion die Hand im Spiel hatte, um vor den Vereinbarungen loszukommen, ist nicht sicher und auch schwer glaubhaft. Das hätte man einfacher haben können. Inzwischen bereitet Coolidge seine Note an die Weltmächte vor. Sie wird weittragende Folgen haben. Nicht nur weil darin erklärt wird, daß Amerika an keiner Abrüstungskonferenz mehr teilnehmen, was nur bedeuten kann, daß es jetzt keine Reaktionsvorklage durchführt, sondern auch weil es die Aussetzung seiner Beziehungen zu Frankreich und England anknüpft. In Frankreich ist man bereits auf dem Wege, diesem. Der Mann erklärt offenbar offiziell, man wolle ja nicht daran scheitern, sondern eine Verständigung mit Washington finden. Doch kommt das zu spät. Das Misstrauen in der neuen Welt ist noch vorhanden und wird sich sobald nicht besänftigen lassen. Die Spannung bleibt, bleibt wenigstens solange, bis auch in London ein Kurvenwechsel eingetreten ist. Vielleicht kommt er bei den Wahlen im April.

### Die Reparationsfrage

Wir haben an dieser Stelle von Anfang an für die Bedenken gegen den Plan des schiefen Aufbaues der deutschen Reparationen vorgeworfen, um bei der Finanzierung der amerikanischen Hilfe einzutreten zu können. Bei den Genfer Verhandlungen ist man ja darauf zurückgekommen, mit dem Ergebnis, daß in diesem Sinne weiter verhandelt wird. Wir glauben in unserer Mutmaßung nicht falsch zu gehen, wenn wir sagen, daß unsere Bedenken heute auch an leitender Stelle geteilt werden. Die Gefahren sind bei einer solchen Regelung nicht zu verkennen. Was Frankreich will, ist klar. Erhält es seinen Anteil an dieser Teilmobilisierung, so kann es die im August nächsten Jahres fällig werdenden 406 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten zahlen. Es braucht dann nicht das sogenannte Mellon-Veränderungsabkommen zu ratifizieren, wogegen es sich bisher unter allerlei Vorwänden gestäubt hat. Wir würden der Regierung Boncaré oder ihrer Nachfolgerin zweifellos einen Dienst erweisen. Ob man uns dafür die Abkürzung wirklich zugeht, ist aber noch nicht unbedingt sicher. Einzelne Neuerungen lassen den entgegengelegten Schluss zu. Dafür geraten wir aber mit Amerika einander. Schon jetzt hat das Heide Paas deutlich genug ausgesprochen, daß es an der Regelung beteiligt sein will und dafür gute Gründe angeführt. Einmal seine Teilnahme an den Entnahmen des Dawesplans, so daß seine Stellung bei der Abrüstung

dieses Planes. Das kann man nicht überhören. Wir haben auch nicht die mindeste Veranlassung, in Washington eine Abstimmung gegen uns aufkommen zu lassen, zumal ja niemand bestritten kann, daß die Abstimmung der Gesamtsumme ohne die Hilfe Wallsteers gar nicht in Betracht kommt. Wir möchten auch ganz offen sagen, daß wir das Gefühl haben, als wenn die Weltmächte im Hinblick auf ihre Spannung zu Washington, eine Beirgung des Weißen Hauses gegen uns gar nicht ungern sehen würden.

### Die Stahelm-Agitation

Nach seinem Aufstehen gegen die Republik in Frankreich, der selbst die deutsche Volkspartei im Reichstag Frankfurt a. O. über-Grenzmarkt zu einem Protest veranlaßt hat, ändert der Stahelm nunmehr einen umfangreichen Gegenstoß gegen die Republik an. Er will nach kommunistischen Muster die Form des Volkstheaters wählen. Einzelheiten gibt er nicht an. Man ist also lediglich auf ein Rätselraten angewiesen, an dem wir nicht teilnehmen. Das erscheint uns auch deshalb angebracht, weil sich die Deutschen nationalen unter Führung von Westarp bemühen, in diese Angelegenheiten hineinzuwirken und ihr die Richtung zu geben. Graf Westarp ist nun schon etwas länger als die Zeitung des Verbandes und weiß, daß man nicht auf das Ganze gehen kann, ohne weite Kreise abzustimmen. Bedeutend genug wurde die Bemerkung, daß sei der erste Schritt zur Monarchie, von den meisten deutschnationalen Blättern unterbrückt. Nur die Kreuz-Zeitung, die sich ja nie durch besondere Intelligenz herorgetan hat, ließ sie stehen. Würd' dabei gibt es, vorzüglich zu sein und nicht von vornherein jede Veränderung der Verfassung abzulehnen. Das Wahlstimm erweist sich seiner Beliebtheit und es ist richtig, man nimmt selbst Verbesserungen vor, als daß man diese Aufgabe der Gegenseite überlassen überläßt. Der nächste Tag hat die Pflicht, nun endlich einmal über Entwürfen hinaus praktische Arbeit zu leisten und die sich schon vor langer Zeit vorbereitende Reform durchzuführen. Wir müssen überhaupt auf der Wacht sein, einmal wegen des negativen Ergebnisses in Genf, das weidlich ausgenutzt wird, so daß wegen der Verfassung der Parteien. Man soll jetzt alle kleinsten Erweiterungen beiseite lassen und auf das eine Ziel hinarbeiten, eine feste und dauerhafte Regierung zu schaffen, die nur auf dem Boden der großen Koalition zu stehen ist. Dahinter muß jeder Sonderwunsch zurücktreten. Wie sind sich noch nicht über die Bedeutung dieses Winters klar. Der einer der kritischen werden wird, die seit Wessens der Republik über uns hereinbrechen. Nur eine geschlossene Einheitsfront kann das Reich vor Erschütterungen bewahren.

Richard Mah.

### Die deutschnationale Parteidiskussion

In dem von Heinrich von Gleichen herausgegebenen „Ming“ nimmt Robert Graf Scherfing-Commarz Stellung zu der Auseinandersetzung in der Deutschnationalen Partei und schreibt u. a.:

„Von der Unklarheit und Uneinigkeit, die selbst in führenden nationalen Kreisen über die Behandlung deutscher Probleme herrscht, hat der Fall Vanbaas wieder einmal gezeigt. Daß die monarchische Frage überhaupt aufgerollt wurde, ist ein Zeichen dafür, daß auch nationale Führer sich nicht darüber klar sind, daß Deutschlands Lebensfragen zurzeit keine verfassungsrechtliche sind, sondern kulturelle, soziale und wirtschaftliche. Mehr aber als die eigenartige Stellungnahme eines rechtslebenden Abgeordneten zum monarchischen Problem hat dem nationalen Einheitsgedanken die Art der Behandlung dieses Falles durch Parteipresse und Parteiorgane geschadet. Sie hat gezeigt, daß es der Führung bioerge nicht gelungen ist, Spannungen zu beseitigen, deren Überwindung im nationalen Lebensinteresse geboten ist.“

Sollte es der jetzigen Deutschnationalen Partei nicht bald gelingen, zur christlich-nationalen Einheitspartei zu werden, dann wird die Erfüllung dieser Aufgabe anderen christlich und national eingestellten Volks- und Parteigruppen zufallen.“

### Zu dieser „Menschheit“

Ein Beispiel, wie durch sogenannte „Passivisten“ die wertvollen Gedanken des Pazifismus zugrunde gerichtet werden, liefert die letzte Nummer der „Menschheit“. Es heißt in dieser Ausgabe: „Eine offizielle deutsche Rede in Genf kann ich nur mit den politischen Entwürfen lesen. Vor lauter Klatschmohn auf den äußeren Fortschritt der europäischen Abrüstung steht niemand auf und reißt dem deutschen Doppelstimm einmal fürderlich die Maske herunter und betwehrt einem Lande, das solches Doppelstimm bildet, all und jedes Recht, die allgemeine Abrüstung zu fordern.“

# Aus der deutschen Kleinfarerei

Entwicklungsreise nach Mecklenburg-Strelitz.

Es lohnt sich schon einmal, dies angenehm gewellte Land an schönen Sommertagen zu durchstreifen — da ist die herrliche Fläche des Tollense-See, da wartet Neubrandenburg auf mit den feinen Eichen und Mecklenburg streift amog noch den Geist des Rudes-Fürstentums, in Regierungsbauern und Kavaliergebäuden.

Dem Land fehlt bloß eines: ein neu erhabener Fels Meiner, der mit Fels und Bekandnis die Geschichte der republikanischen, Vorkämpferschreiber könnte. Ein paar Tage im „Strelitz Mecklenburg-Strelitz“ mögen ja nicht völlig genügen, um hinter alle Geheimnisse der großen Politik dieses Landes zu kommen; aber die Leute hier haben eine ausdauernde Geduld. Daß ihre Justizverwaltung durch den unfruchtlichen Fall Jacobsonski die deutsche Presse beschäftigt, ist ihnen etwas unangenehm; im übrigen läßt man auf Männer, die den Staat mit seinen, dazu noch in Eichen gestreuten 110 000 Einwohnern selber ironisch nehmen, neben den anderen, für die Eigenartlichkeit ein Stück ihres persönlichen Selbstbewußtseins ist. Die würden nicht, wenn schon Schluß gemacht werden soll, lieber preußisch werden als schmerzlich — was sie nach den Erbfeinden geworden wären, hätte nicht die Revolution die dynamischen Bindungen aufgelöst.

In die Revolution! In einer süddeutschen Zeitung stand einmal vor einiger Zeit, wenn ich mich recht entsinne, das kleine Wort irgendeines Zugewanderten, man hätte dies Land als Naturpark für die deutsche Bergengehigkeit im Jahre 1918 bezeichnen sollen, wie man es anfangs. Der Mann hat gründlich daneben gehalten. Dieser kleine Staat ist gerade ein Laboratorium für politische Experimentierlust, eine Versuchswirtschaft für parlamentarische Koalitionen erden. Man hat sich nur im deutschen Ausland nicht geworden. Man hat sich nur im deutschen Ausland nicht geworden. Man hat sich nur im deutschen Ausland nicht geworden. Man hat sich nur im deutschen Ausland nicht geworden.

Seine eigene politische Meinung ist, wie man das bei seinen Berufsgenossen in kleinen Wäldern öfter findet, sehr denkbar, sehr allmählich. Aber es machte ihm diebischen Spaß, meine republikanische Stimmung in einen Konflikt zu bringen mit der republikanischen Praxis der Strelitzer Regierung. Denn er überging mir zum Abschluß zwei Nummern der „Landeszeitung“, die in Neustrelitz erscheint, und die sind allerdings Dokumente. Man kann nur jedem dem Weg empfehlen — freilich, den dokumentarischen, den ich erhielt, bekommt man wohl nicht beigelegt.

Damals wurde in Neustrelitz das neue Landesparlament eingeweiht, ein ordentlicher traditioneller Wald, wie ihn die Theaterstadt Utmann auf freundliches Erbauen gegen Neustrelitz hatte. Das war eine Sache von Bedeutung — Otto Braun in Preußen hat sich über das Unterfangen geäußert, daß dieser Theaterbau in seiner Einheitsstaatsprophäre zum Argument für die Verwirklichung des Artifizels 35 (Finanzausgleich) erhalten wird. Aber jetzt sieht er.

Dr. Dr. Freyher von Meibitz ist zur Zeit ministerieller Außenminister in diesem Land; über den zweiten Mann können sie sich nicht verständigen und nun wird dargetan, daß es schließlich auch so geht. Meibitz ist ein Mann von Bildung, er hat ein paar volkswirtschaftliche Bücher geschrieben, die einen gewissen Rang bezeugen sollen — aber er hat jetzt bei diesen Einweihungsfeiern eine Fehlsprache von Meibitz produziert, die man auch bei wohlwollendem Blick auf den Erben Dorcklaungs nur mit einigen Erfahren lesen kann. Denn Baron Meibitz ist Sozialdemokrat. Daß er an diesen Tage den Mund etwas voll nimmt und ein heftiges Begehrnis gegen den Einheitsstaat abgibt, die „Selbstständigkeit der kleinen Länder“ betont, das scheint nicht „Wahrheit und Weisheit“ zu sein. Dieser Staat ist ein Stück von Strelitz wird jetzt nach einem Goethe inselieren, und dann mag es beginnen.

Aber das Nützliche des Festes war die Rede Meibitzens zur Feier des Strelitzschen Dorcklaungs — die biederer Republikaner im Kreise durften sich freuen, mit welcher Anständigkeit und Eingabe, mit welcher intimen Kenntnis der genealogischen Zusammenhänge ihnen hier die Kulturgeschichte eines sozigen Dorcklaungs vorgebracht wurde, aber das der Strelitzer sonst, aus Schonung, nicht gern hören. Der Landtagspräsident, auch ein Sozialist, soll während dieser Rede recht blaß geworden sein — das sieht aber nicht in der Zeitung. Die Zuhörer erfuhr, daß der Krieg hier ein „modestisches Weimar“ verhindert hat, das der in ungelicher Vertreibung gendete Adolf Friedrich VI. herbeizuführen seit entschlossen war. Sein Erbe wird nun verwaltet.

Und so erfüllt denn das schöne, schöne Fest seine Wirkung durch die Erdensbezeichnungen, auf die die Mecklenburger seit ein paar Wochen vorbereitet waren, und wie es sich ergibt, erhielt der Zeitungsvorleger den ersten Orden. In wie dem? Gibt es denn noch so etwas in Mecklenburg. Das gibt es wieder. Freyher von Meibitz ist ein geflügeltes. Es heißt „Medaille für Kunst und Wissenschaft“, in einer erhen „großen goldenen“ Klasse („am Hals zu tragen“); das Band dazu ist „weißsam-lebden mit schmaler rotgelber Einfassung“. Mittlerweile sind diese Orden freilich wieder abgeschafft.

Die Worte höhn, das Volk lacht, die Gewandigen sind ihrer Würde nicht ganz fähig und besitzen sich teilweise auf ihre Leistungen für Kunst und Wissenschaft. Mein Gemüht behauptet, einige seiner Landesknechte würden sich des Vorgesagten auch schämen.

Sich über die Interpretation der Bewerfung aufzuzeigen, lohnt sich nicht. Aufregungen lassen nicht am gelassenen Geist dieses Landes einer nachstehen. Wohlgefühlt, aber das legt eine hohe Sommerstimmung wandert. Vorkämpferschreiber reißt noch heute in der deutsche durch das Band und

denk er auch eine rote Schärpe trägt, dann doch unter der Weste.

# Deutsche Volkspartei gegen Stahlhelm

Es bämmer!

Vorstand und Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis V (Frankfurt (Oder) — Gersdorf — Wittenberg) haben sich auf Antrag einer großen Zahl von Ortsgruppen mit der politischen Entwicklung des „Stahlhelm“ beschäftigt, wie sie in der Vorherrschaft des Landesverbandes Brandenburg in Fürstenwalde erkennbar wurde. Nach eingehender Erörterung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß über die Politik des Hesses einmütige Entschiedenheit herrsche und die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis V jede Gemeinschaft mit solcher Geistesrichtung ablehne.

# Die Republik ist härter als ihre Gegner

Volksrechtliche Erkenntnisse.

In einer Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen sagt das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalistische Korrespondenz“, während der Gutsber Verhandlungen habe so etwas wie eine nationale Einheitsfront bestanden. Sie sei durch deutschnationale, völkische, konservativ und Stahlhelm-Kreise im trauten Beisein mit der „Noten-Tafel“ zerfallen worden.

Wenn Graf Helldorf die Affäre gehabt haben sollte, dadurch der inneren Kampf in seiner Partei zu befeigen, so würden ihm direkte Entschuldigungen nicht erspart bleiben. Wer für die Mitarbeit am Staat eintritt, werde sich weiter mit denen erörtern auseinanderzusetzen müssen, die diesem Staat Feind und Kampf anfeigen. Mit bemerkenswerter Entschiedenheit erklärt die „Nationalistische Korrespondenz“ in diesem Zusammenhang: „Die Republik ist härter als ihre Gegner. Die Organisations- und die in letzter Zeit etwas reichlich Kriegserklärungen an den Staat abgegeben, haben nur die Stellung ihrer völkischen und veremittelten Gegner gefestigt. Die Opposition hat sich durch Uebertreibungen selbst um die Günstigen der Stunde gebracht.“

# Der Studientrat als Festredner

Billige Verunglimpfung der Reichsverfassung.

Bekanntlich haben sich die Deutschnationalen mit lauten Geschrei vor jenen Teil der Lehrerschaft gestellt, der es versucht darauf angelegt hat, die Schulfeier am Verfassungstage zu sabotieren. Als dann die Schüler gegen dieses Verfahren protestierten, und als ihnen von der vorgesetzten Schulbehörde bestätigt wurde, daß sie ein Recht auf eine würdige Schulfeier hätten, setzte eine systematische deutschnationale Hege gegen das Provinzialgymnasium und das Unterrichtsministerium ein, die aber in der Öffentlichkeit als ein reines Parteimanöver erkannt wurde. Im übrigen werden auch jetzt noch Fälle bekannt, die deutlich zeigen, wie ein Tiefstand der Stimmung in dem erwähnten Teil der Lehrerschaft herrscht. So hat der Strelitzer Studientrat Dr. Hintert bei der Verfassungsfeyer der Strelitzer Thomas-Schule sich höchst abfällig über die Weimarer Verfassung geäußert und seine Aufgabe als Redner weiter darin erblickt, das Wahlverfahren und die Abgeordneten lächerlich zu machen. Schließlich hatte er gesagt, es bestehe im Hinblick auf die Bestimmungen für die Wahl des Reichspräsidenten die Gefahr, daß jeder beliebige Mann über 35 Jahren Oberhaupt des Reiches werden könne, selbst wenn es ein Straßenkehrer sei, der noch nicht einmal zum Schatzmann taugte. Begreiflicherweise erkundigte man sich danach, was gegen diesen Herrn unternommen worden sei. Der Deputierte des Strelitzer Schulamtes teilte darauf in der Stadtverordnetenversammlung mit, daß gegen den Strelitzer und verfassungsfreudigen Studientrat ein Disziplinerverfahren eröffnet und ihm eine Weile erwidert sei. Das ist in der Tat eine milde Strafe, wenn man bedenkt, daß hier ein Lehrer vor seinen Schülern bei der offiziellen Schulfeier das deutsche Grundgesetz, die Reichsverfassung, die er offenbar nicht begriff, demütig herabgeleitet hat.

# Paul Levi gegen Stresemann

In der „Reichlicher Volkszeitung“ erörtert Paul Levi die Rheinlanddrängung und schreibt u. a.: Für uns also ist der Kampf um die Entgegung des Rheinlandes in erster Linie eine innerpolitische Frage, wie für uns die ganze Frage der Liquidierung des Krieges eine innerpolitische ist. In der Frage der Rheinlandbesetzung nun ist Herr Stresemann an die Grenze seines Lateins gekommen. Die Franzosen wollen räumen, wenn Herr Stresemann bejaht, das heißt wohl: die Kriegsschuld kommerzialisiert. Das will er nicht, also räumen die anderen nicht. Nun nimmt der sozialistische Reichspräsident den Fall auf. Aber das Echo, das er im Auslande findet, ist: „Seine Außenpolitik ist ja seine Außenpolitik!“ Mit anderen Worten: Herr Stresemann hat unsere außenpolitischen Kredit bekommen und hat ihn im wesentlichen vertan. Will man also eine positive Konzeption stehen, die wir schon gezogen haben: Die Stärke einer sozialistischen Politik liegt darin, daß sie sich abgibt von aller bürgerlichen Politik, daß sie insbesondere außenpolitisch die Gegenläufige nicht verneint, sondern verstärkt.

# Politik im Kleinen

Reichswehr und Stahlhelm.

Das Stiefelblatt des Verlegers der „Deutschen Arbeiterzeitung“ enthält laut „Vorwärts“ folgendes Interzitat: „Seifart-Drohgeier (Stahlhelm-Kapelle). Für sofort gefucht ein tüchtiger, ehemaliger Korpsführer. Autoritätsperson, guter Dichter und Instrumentalist. Bevorzugt wird ehemalige Musikermeister, dem daran gelegen ist, eine gute würdige Position zu erhalten. Voraussetzung ist viel Lust und Neigung, junge Musiker als Nachwuchs für die Reichswehr auszubilden. Wohnung bei mir im Hause. Ueber alle sonstigen Forderungen mündlich. Richard Seifart, Vater. Musikermeister a. D., Halle-Diemitz, Berliner Str. 37. Der Stahlhelmkapellemeister Richard Seifart bildet also junge Musiker als Nachwuchs für die Reichswehr aus? Nach dem

Sachverhalt von Fürstenwalde dürfte ein Stahlhelmmann aber doch wohl nicht die geeignete Person sein, Reichswehrlente heranzubilden, deren Aufgabe es ist, die Republik zu schützen, die der Stahlhelm mit ganzer Seele haßt.

# Schönau wird abgeschüttelt

Auch das Reichsbanner muß sich gegen die überkommenen Gehandlungen des Generals von Schönau wehrungslos zur Wehr setzen. In der letzten Nummer des „Reichsbanners“ wird ein Briefwechsel veröffentlicht, in dem der Reichsbannerführer Ostermann dem General von Schönau ein erklärt, daß er sich hellos verarmt habe, und mit Schönau auch ein großer Teil der passivsten Bewegung. „Reichsbanner“, Unbuddenshaft, Empfindlichkeit gegen jede Kritik ist leider in hohem Maße in den Reihen der Passivisten zu finden“, so heißt es in der Reichsbannerzeitung.

Charakteristisch ist aber auch das neuerliche Glaubensbekenntnis des Generals von Schönau, der sich früher bekanntlich als Demokrat bezeichnet hat und der jetzt erklärt, daß die Mäcker zu Bebel's Lehren die einzige Rettung sei, auch wenn die Müller, Wels und Reichswehr darüber zu Fall kämen.

# Minister nun ausnahmsweise gestattet

Wilhelm II. über den Umgang mit Abgeordneten.

Einem Aktenstück im deutschen Ministerium des Innern, das, einer neuerlichen Uebung entsprechend, durch das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei bekanntgegeben wird, entnehmen wir und mit uns die folgenden folgende Worte monarchischer Berührung: Untern 25. Oktober 1906 ertief Wilhelm II. ein Allerschönes Rundschreiben an seine Minister, im Anschluß an eine Zeilungsnotiz, die von bevorstehenden Besprechungen einzelner neuerlicher Minister mit den Führern der Parteien über die in der beginnenden Session zur Vorlage kommenden Gesetzesentwürfe sprach. Wilhelm II. verfiel darauf:

„Ich möchte bringen bitten, die Bourgeois mit den Abgeordneten über Politik und Gesetze möglichst einzuführen. Denn es entspricht nicht den bisherigen Gepflogenheiten, da es die Abgeordneten zu sehr in maß- und ausschlaggebende Stellung bringt und schließlich ihnen die Vorentscheidung über die einzubringenden Vorlagen einräumt, was direkt zum parlamentarischen Regime führt und unpassend ist. Schon das Benehmen der Abgeordneten im vorigen Jahre, die solofal aufgehoben und wichtigste waren, hat nach außen viel Anstoß erregt, da sie als Herren der Situation getreten. Wir legen das, was ich mit dem Ministerium gemeinsam beraten und beschließen habe, vor, und es wird angenommen, abgeändert oder abgelehnt, aber mit hineinrufen sollen die Staats nicht. Den Ministern ist der Verkehr mit den Abgeordneten nur ausnahmsweise gestattet.“

Diese faure, ungeschmeidige Haltung des Kronenträgers hat viel verurteilt. Sie hat vor allem die ruhige, natürliche Entwicklung zum parlamentarischen Regime verhindert. Jetzt machen frühere Freikonserverative dem Reichstag der Kaiserzeit zum Vorwurf, daß er verarmt hat, die Macht an sich zu nehmen, und der kaiserliche Reichstag Reichsmann Solthof hat als Ursache des Zusammenbruchs die „Unrichtigkeit“ unserer verfassungsmäßigen Zustände bezeichnet. Weisheit sei nicht „fertig“ worden, zeigt diese neue Entdeckung aus dem reichen Schatz weimarer Entschuldigungen.

# Eine Münchener Jhyle

Der Ministerloberoffiziant im Außenministerium.

Vor kurzem ist der Führer des Außenministeriums pensioniert worden. Diefem Beamten, der in Bayern den hohen Titel Ministerloberoffiziant trägt, widmet ein leibendiger bayrischer Geheimat ein spaßigen Artikel. Der Ministerloberoffiziant wird dabei diese Ehre gönnen. Beachtenswert aber in dieser Münchener Jhyle ist, wie das monarchistische Geheimatstetzer den vergangenen Tagen nachtrauert. Dieser Geheimat Ernst von Müller schreibt in seinem Hymnus u. a.: „Was war das für eine Nacht in vorrückeligen monarchischen Tagen, wenn Herr Estermair an den Donnerstagen, den üblichen Tagen des Geheidentempfanges, oder bei sonstigen feierlichen Gelegenheiten in vollem Staate mit dem querschnitlichen Schiffhuf, dem breiten Band von der Schulter bis zur Hüfte, die nationale Kräfte mit vielen Orden und Medaillen geschmückt, dem großen Portierhock mit dem silbernen Anzuge in der Hand seines Amtes an dem Eingang des Ministerloberoffizianten wartete! In unseren heutigen demokratischen Zeiten leisten sich höchstens bessere Armes und Barites den Luxus einer beratigen einbravollosen Repräsentation.“ Das bayrische Außenministerium, dem der monarchistische Verleger des Reichsblattes als alte Zeit und ihren „repräsentativen“ Glanz noch heute erwidert, ist trotz der Staatsverfassung erhalten geblieben. Weisheit zeigt diese Schilderung, daß hier noch Museumsstücke zu konfervieren sind und daß mit dem Verschwinden des Schiffhufes an der Spitze auch „Geheidentempfang“ und „Staatsgeheimnisse“ verschwinden sind, d. h., daß auch das bayrische Außenministerium abgebaut werden kann. Und das recht bald!



**Die ganze Welt im eigenen Heim**

Nichts Schöneres gibt es, als sich — gemütlich, dabei sitzend — alle fernem Sender hören. Hier zuhause.

Man weiß ja auch ganz, ob Rom, ob Paris jetzt sendet, wo Langenberg jetzt ist und welche Musik gerade aus Barcelona ertönt...

denn „Der Deutsche Rundfunk“ die kleine und große Familienmusik, bringt in wöchentlich alle ausländischen Programme aller in- und ausländischen Sender.

Hals 100, München 1912, — durch den Präsidenten des Reichsverbandes. Preiswert unter 1000 —

# Steuerpolitik des kommenden Winters

Auf der in diesen Tagen in München stattfindenden Tagung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Kleinhandels hat Ministerialdirektor Prof. Dr. Dorn einen Bericht über die kommenden steuerlichen Maßnahmen veröffentlicht. Die Darlegungen dieses Berichtes sind im wesentlichen dem Reichsfinanzministerium zu entnehmen, das man noch wie vor im Reichsfinanzministerium der Überzeugung ausgeht, daß das mit den Steuererlassen des Jahres 1923 geschaffene einwandfrei und richtig sei und die vornehmliche Aufgabe der Steuerpolitik darin besteht, die damals beschriebenen Wege zielstrebig weiter zu gehen.

Die Deutsche Demokratische Partei hat im Jahre 1925 im Schließen der Steuerreform abgelehnt und in den letzten Jahren einen sehr erheblichen Teil ihres parlamentarischen Einflusses darauf verwandt, für eine Neurechtsetzung der Finanz- und Steuerpolitik zu wirken. Es hieß die Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man an den Schwierigkeiten vorbeigehen, die auf steuerpolitischem Gebiet im bevorstehenden Winter erwartet werden müssen, so genügt es, die Ausführungen Ministerialdirektor Dorns zu bevorstehenden Vorlagen der Reichsregierung kennenzulernen.

Neben der außerordentlichen Zurückhaltung, mit der das Reich den nach Senkung des Einkommensteuertarifs und nach Einführung der dreijährigen Durchschnittsbefreiung für die Einkommen- und Ertragssteuern behandelt wurde, hat eine mehr oder minder ausgeprobenene Absichtung des Reichens nach Aufhebung der Kapitalertragssteuer und der Aufkündigung einer Neugestaltung der bis zum 31. 12. 1928 suspendierten Vermögenszuwachssteuer.

Die Deutsche Demokratische Partei hat in den letzten Jahren wiederholt mit aller Dringlichkeit Forderungen auf eine Neugestaltung des Einkommensteuertarifs gestellt und wird auch bei Wiedereintritt des Reichstages nicht nach dieser Richtung hin mit Nachdruck vorgehen, um so mehr, da bei der Sozialreform, die im Juni d. J. abgeschlossen wurde, verbindliche Zusagen des Reichsfinanzministeriums zwecks Senkung der Belastung der unierten und mittleren Einkommen gegeben wurden. Sie wird weiterhin die nun bald ein Jahr währenden Verhandlungen des Sachverständigenausschusses bezüglich der Frage der dreijährigen Durchschnittsbefreiung durch entsprechende Vorgehen im Reichstag beeinflussen und hierbei seinen Zweck darüber lassen, daß sie auf ihrer jetzt schon erhobenen Forderung nach der dreijährigen Durchschnittsbefreiung bestehen bleibt. Den Absichtungen Dorns, das man prüfen muß, ob an Stelle der Einführung der dreijährigen Durchschnittsbefreiung der Verzicht auf den gewissen Sinne zuzulassen werden sollte, kann nicht gefolgt werden, wenn man steuerliche Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit herbeiführen will, denn mit der Einbeziehung des Verluftsvertrages werden für die Steuerpflichtigen noch keineswegs die steuerlichen Überforderungen ausgeglichen, die sich jetzt überall da ergeben, wo von Jahr zu Jahr starke Einkommensschwankungen vorliegen, die aber in ihrem Uffstand über die Verluftsvertragsgrenze hinausgehen.

Die Vermögenszuwachssteuer ist schon bei ihrer Schöpfung im Jahre 1922 von der Deutschen Demokratischen Partei bekämpft worden. Sie ist die Partei immer erneut dafür eingetreten, an Stelle der Suspendierung die völlige Aufhebung der Vermögenszuwachssteuer zu tätigen. Man mag die Frage der Befreiung überdenken, aus reinen humanitären Erwägungen, ungenügenden Vermögenszuwachsleistungen. Man kann unterfragen, ob etwa eine anderweitige, besondere Behandlung der Spekulationsgewinne im Rahmen des Reichseinkommensteuertarifs zweckmäßig ist. Für eine völlige Vermögenszuwachssteuer ist aber im wesentlichen der Reichstag nicht bereit. Und man darf auch auf keinen Fall an den schweren kapitalwirtschaftlichen Schwächen vorbeigehen, die insbesondere gegenwärtig ein Rückwärtschreiten der Vermögenszuwachssteuer nach sich ziehen würde.

Ergänzt man noch, daß die Stellungnahme Dr. Dorns zu den Fragen der Herabsetzung der Vermögenssteuer bei Grundvermehrungen, der Hinaushebung der Grundvermehrungssteuer der toten Hand, der Grundsteuer und der Einkommensteuer von dem Gedanken befreit war, nichts zu sagen, was irgendwie die tatsächlichen Verhältnisse des Reichsfinanzministeriums auf steuerlichem Gebiet erkennbar machen könnte, so wird man alles in allem die durch sein Referat aufgezeigte Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums nicht weniger als erfreulich bezeichnen können. Dieser Einbruch wird noch verstärkt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Reichsfinanzministerium die Vorlage

zum Steuervereinfachungsgesetz, so wie sie von der letzten Reichsregierung geplant und dann in den Reichsratsberatungen der Wämlingen der Länder allu weitgehend angefoht wurde, an den Reichstag heranzubringen gedenkt, und daß die Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gewissermaßen als ein Blättlein „Mährleinchen“ behandelt wird.

Unabweierbare Vorkräfte für die Bilanzierung des ordentlichen Haushalts im kommenden Jahre — und wir fürchten, daß auch schon das laufende Rechnungsjahr solche Sorgen sehr bald auf machen wird — verlangen von der deutschen Finanz- und Steuerpolitik dringlicher denn je ein klares Erkennen der Grenzen der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine Anpassung der Gesamtausgaben an die dauernd erzielbaren steuerlichen Einnahmen. Nach dieser Richtung hin scheint man sich aber im Reichsfinanzministerium noch keineswegs durchgreifenden Plänen gewidmet zu haben. Es wird bei Wiedereintritt des Reichstages eine der entscheidenden Aufgaben der Deutschen Demokratischen Partei sein, hier auf Klärung und ernste Erkenntnis der Tatsachen zu drängen, vor die die Gesetzgebung durch unsere wirtschaftliche Entwicklung und durch die zwangsläufige Steigerung des Haushaltsbedarfs für Reparationsverpflichtungen gestellt ist.

## Steuererleichterungen und Steuererhöhungen

Bei den Beratungen des Gesetzes über eine Senkung der Lohnsteuer ist von der Reichsregierung ausdrücklich zugegeben worden, daß die Frage einer Einkommensteuererleichterung in Angriff genommen werden sollte. Diese Frage ist während der Sommermonate von der Reichsregierung eingehend geprüft worden und einer der leitenden Beamten im Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Dorn, hat sich jetzt über die Steuererleichterung ausgesprochen, indem er erklärt, daß bei der anerkannten Härte des Steuerdrucks für die mittleren und kleineren Einkommen die Möglichkeit der Abhilfe aufs ernste geprüft werden müsse. Es ist beachtenswert, daß in streifen des Reichsfinanzministeriums sich endlich auch der Gesichtspunkt durchgesetzt hat, daß nach dem Gesetz vom abnehmenden Steuerertrag der höhere Tarif nicht notwendig ein höheres Steuerertrommen sichern muß, namentlich dann nicht, wenn das physische Maximum überschritten wird. Hinsu kommt, daß es auch um die Befreiung des eigenen Kapitals geht, das unserer Wirtschaft, insbesondere dem Handel in so verhängnisvoller Weise fehlt. Neben der Einkommensteuererleichterung für die mittleren und kleinen Einkommen spielt aber auch das Steuervereinfachungsgesetz eine besondere Rolle und es ist weiterhin bemerkenswert, daß auch hier das Reichsfinanzministerium den Standpunkt vertritt, daß, wenn es eine Möglichkeit der Steuererleichterung für die Kleinsteuer gibt, das Steuervereinfachungsgesetz, das sie vergleichbar macht,

den besten Weg für eine solche Senkung darstellt. Für die Steuerberechnenden wird weiter von Bedeutung sein, daß mit dem Abschlag der Prüfungen über die dreijährige Befreiung in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Dann wird auch die Frage entschieden werden, ob der Verluftsvertrag für gewissem Umfang zugelassen werden soll. Im Hinblick auf die Herabsetzung der Wertpapiersteuer wird mit einer einheitlichen einheitlichen Senkung des Satzes auf 1 Proz. gerechnet. Die frühere Regierung hat so bereits im früheren Steueransatz des Reichstages eine solche Senkung angekündigt. Eine Erhöhung der Steuern ist durch das Vermögenszuwachssteuergesetz zu erwarten. Das jetzige Gesetz ist bis zum 31. Dezember 1928 ausgelegt. Überdies ausgelegt, bisher noch geltende Gesetz ist inhaltlich überholt und es muß dem neuen Reichstag deshalb eine neue Vorlage zugehen. Über Steuererleichterung und Ausgestaltung der Steuer ist indessen eine Entscheidung noch nicht getroffen.

## Eine überflüssige Anfrage

Deutschnationalen Kampfbewegung.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat eine kleine Anfrage an das Preussische Staatsministerium gerichtet, die das Fernbleiben des Reichsbanners von den Empfangsfeierlichkeiten bei dem Besuch des Reichspräsidenten in Schlesien betrifft. In dieser Anfrage heißt es, der Besuch des Reichsbanners sei ein wesentlicher Teil aus dem ersten Gausvorhaben, den ehemalsigen demokratischen Landtagsabgeordneten Rektor Hermann in Breslau, zurückzuführen. Nun sollte Hermann zum Kreisfahrlauf befördert werden, und die Fraktion fragt an, ob die Regierung das empfindende Verhalten des Rektors billigt.

Die Deutschnationalen haben hier wiederum ein Beispiel gegeben, in weld leichtfertiger Weise sie kleine Anfragen stellen und ungedrungen Angriffe erheben. Das genaue Gegenteil dieser Darstellung ist richtig. Gerade der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Rektor Hermann hat sich für die Beteiligung des Reichsbanners bei den Empfangsfeierlichkeiten eingesetzt und als ein geachteter Einfluss geltend gemacht, daß er sofort seinen Vorzug im Reichsbanner niederklegt. Diese Tatsache ist keineswegs geheim gehalten, sondern sie ist offen mitgeteilt worden. Aus Agitationsgründen bringt die deutschnationale Landtagsfraktion jetzt eine derartige kleine Anfrage ein.

## Politische Notizen

Die nationalsozialistische Erbsgruppe Bremen aufgeloht.

Von der Gauleitung Westerbms der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird mitgeteilt, daß die Ausführenden, die sich nationalsozialistisch in Bremen etabliert haben, mit der Idee der Wengung absolut unvereinbar seien. Die Gauleitung gibt die Aufstellung der Erbsgruppe Bremen bekannt. Damit ist der nationalsozialistische Gauborstand wohl nur der Bremer Weidenden untergeordnet, die bereits scharfe Maßnahmen gegen die unehrenhaften Verkommenisse in Bremen angekündigt haben.

Gegen den Kommunismus Nationalismus.

Nach einem Bericht des „Vorwärts“ ist der Vorsitzende des Reichs Frontrampferbundes Lehmann, Steno. Wittenberg,

## Aufheben! Lohnsteuererleichterung ab 1. Oktober 1928

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 treten beim Steuerabzug vom Bruttoeinkommen zwei wichtige Veränderungen ein. Einmal ist zur Vereinfachung der Steuerberechnung der Arbeitslohn (Bruttoeinkommen) abzurunden, und zwar

1. bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren vollen Monatsbetrag,
  2. bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Wochenbetrag,
  3. bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Wochenbetragsbetrag,
  4. bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden auf den nächsten durch 5 teilbaren Wochenbetragsbetrag.
- Weiter ist der Abschlag von der Steuer, die nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes von dem abgerundeten Arbeitslohn zu berechnen ist, mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ab erhöht. Er beträgt allgemein 25 Proz., jedoch
1. bei Monatszahlung höchstens RM. 3.— monatlich,
  2. bei Wochenzahlung höchstens 0.75 RM wöchentl.,
  3. bei täglicher Zahlung höchstens — 15 RM täglich,
  4. bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Stunden höchstens — 0.5 RM.

Die vor der Bornahme des Abschlages sich ergebende Steuer ist auf den nächsten durch 5 teilbaren Wochenbetragsbetrag nach unten abzurunden. In gleicher Weise ist die nach der Bornahme des Abschlages sich ergebende Steuer abzurunden.

### Beispiel Nr. 1:

Ein lediger Arbeitnehmer erhält einen Wochenlohn von 60 RM. Der Steuerabzug wird wie folgt berechnet:

|                                 |          |
|---------------------------------|----------|
| Bruttolohn                      | RM. 60.— |
| Steuerfreier Lohnbetrag         | RM. 24.— |
| bleiben                         | RM. 36.— |
| Hiervon 10%                     | RM. 3.60 |
| Abschlag 25% höchstens RM. 0.75 | RM. 0.75 |
| Steuer                          | RM. 2.85 |

### Beispiel Nr. 2:

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern erhält 60 RM. Wochenlohn. Der Steuerbetrag wird wie folgt berechnet:

|                         |           |
|-------------------------|-----------|
| Bruttolohn              | RM. 60.—  |
| Steuerfreier Lohnbetrag | RM. 24.—  |
| bleiben                 | RM. 36.—  |
| Hiervon 7%              | RM. 2.52  |
| Abgerundet              | RM. 2.50  |
| Abschlag 25%            | RM. 0.62½ |
| Steuer (abgerundet)     | RM. 1.85  |

## Der Stahlhelm als Kommunisten-Zehrerling

Das kindliche Spiel, das die Kommunisten mit dem Volksbegehren treiben, läßt den Stahlhelm nicht ruhen. Auch er will sein Volksbegehren haben, und zwar soll es auf eine Veränderung der Reichsverfassung hinausgehen. In diesem Sinne hat der Bundesvorstand des Stahlhelms am letzten Sonntag in Magdeburg einen Beschluß gefaßt, der zwar nicht sagt, in welchen Bestimmungen und in welchem Sinne er die Verfassung geändert haben möchte, der zwar mit den gewohnten großen Worten wieder einmal sein altes Eingreifen in die Politik ankündigt, in demselben langen Atemzuge aber davor warnt, die Sozialdemokratie von der politischen Verantwortung zu entlasten und schließlich den Massen seinen Stumpf als eine Volksbewegung anzubieten. Man muß wohl sagen, daß in diesem Falle fast noch mehr als bei der kommunistischen Aktion die in der Verfassung gegebene Möglichkeit einer Volksabstimmung zu rein agitatorischen Zwecken mißbraucht wird, und wenn der Stahlhelm schon nach einer Verfassungsänderung strebt, so wäre vielleicht auf Grund dieser Vorkäuflichen und unheimlichen Experimente zu erwägen, ob nicht das Spiel mit Volksbegehren und Volksentscheid durch eine entsprechende Verfassungsrevision den radikalen Quertreibern erschwert werden könnte.



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Stetig, klar, gewaltlos und beharrlich im Dienste der Forderung der Verbesserung und Entschärfung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Braunschweigstr. 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Braunschweigstr. 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Halbjährlich 10 Reichsmark, vierteljährlich 6 Reichsmark, monatlich 2 Reichsmark. Einzelhefte 1 Reichsmark. Anzeigenpreise: 1. Seite 100, 2. Seite 80, 3. Seite 60, 4. Seite 50, 5. Seite 40, 6. Seite 30, 7. Seite 20, 8. Seite 15, 9. Seite 10, 10. Seite 5. Preisänderungen vorbehalten.

Nummer 39

Halle, 29. September 1928

4. Jahrgang

## Das Genfer Fiasko

Es wäre tatsächlich falsch, das völlige Versagen der Genfer Verhandlungen abzutun oder auch nur abzumildern zu wollen. Das gilt sowohl von den Besprechungen über die deutschen Fragen, also über Reparationen, Sicherheit und Räumung, wie über die Abrüstung. Die Politik, die Deutschland bisher betrieben hat, ist in sich richtig gewesen. Diese Feststellung muß mit umso erhöhtem Nachdruck gemacht werden, weil es vorläufig auch keine andere gibt. Erfolge sind damit auch erzielt worden, die nur parteipolitische Demagogie zu verfeinern bestribt ist. Aber gerade deshalb und um einen großen Gedanken für die Zukunft zu retten, soll man den Deutschnationalen und ihrem Anhang nicht die Kritik überlassen und damit erleichtern. Richtige Einstellung wird heute sagen: Die deutsche Verhandlungspolitik ist augenblicklich auf einem tödlichen Wege angelangt, wie es ja in der Geschichte der Diplomatie häufig genug vorkommt. Wir haben nichts erreicht, weil die Gegenparteien durch Erkenntnis des Notwendigen verschoß, oder Ziele verfolgte, die nicht unsere Ziele sind. Deshalb brauchen wir den Geist von Locarno nicht zu verlernen. Wir werden auf ihn zurückkommen, wenn die Stunde dafür geeignet erscheint. Bieleicht ist sie gar nicht fern. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen in den Ländern, die uns in all diesen Fragen gegenüber standen, sind bereits im Gange und können rascher als mancher erwartet, ein Ergebnis haben. Das gilt besonders von England, wo die herrschende konservativ-partei sich gegen heftige Angriffe zur Wehr setzen muß, ohne dabei auf Gehilfenheit im eigenen Lager verzichten zu können. Auch in Frankreich wäre ein Wandel denkbar, denn nur die Sozialisten ihren gemäßigten Führer Renaudet und Leon Blum folgen und die ihnen wiederholt angedeutete Arbeitsgemeinschaft mit den Radikalsozialisten einzeln würden. Jedenfalls liegen die Dinge nicht hoffnungslos. Wir haben keinerlei Veranlassung, die Locarno-Politik als endgültig gescheitert anzusehen, weil wir uns jetzt in einem Zeitpunkt befinden. Wir gefährden sie aber, wenn wir dem Sturm der Rechten nichts weiter entgegenstellen würden, als eine Besichtigung von Katastrophen, die auf der Hand liegen. Statt dessen soll man an die Frage richten, was sie tun wollen. Darauf ist, genau wie bisher keine Antwort möglich.

### Die Abrüstungsdebatte

Kristine Brandt hat in seiner lebensgefährlichen Rede in der Völkerversammlung des Weltverbundes nicht etwa Falsches, sondern nur Nichtiges zu früh und zu häufiger Form gesagt. Die Presse seines Landes teilt in ihrer übermäßigen Mehrheit seine Auffassung und unterteilt sie. Das ganze Verhalten der französischen Abordnung in Genf ist ein schlagendes Beweis dafür, daß man das Problem nicht lösen will. Hermann Müller, und nach ihm Graf Bernstorff haben den Finger auf eine offene Wunde gelegt. Deshalb die Entschuldig, die umso fixierter zum Ausdruck kam, als sich Deutschland bei seinen Vorbereitungen auf die Beratungen hätte kommen. Das von Paul Boncour angeführt wurde, ist nicht haltbar. Soweit es sich um die deutsche Wehrmacht handelt, hat Minister Brücker in Genf bereits das Notwendige gesagt. Es ist eine bestimmte Verneinung, wenn behauptet wird, daß Deutschland zu einem Reize imstande wäre. Ihm fehlen die technischen Mittel, die heute auf dem Schiffsbaudeck allein die Entschuldig bringen. Ganz abgesehen davon, sind wir von einer Lebensmacht umschlossen, deren jedes Glied mittäglich besser gerüstet ist als wir. Aber auch die Wehrmacht, Frankreich hat ja abgerüstet und seinen Bestand um 35 Proz. vermindert, treffen vorer. Auf das lebende Herr kommt es nicht allein an, sondern auch auf die Methoden, die gemachten Verpflichtungen in unserer Westgrenze und auch die unbegrenzten technischen Möglichkeiten. Nun wurde erklärt, es sei notwendig, eine Abwärtstendenzen einzubringen, ehe sich die Seemacht gezeichnet hätte, die noch an das Washingtoner Abkommen von 1922 gebunden sind. Man kann umgekehrt sagen, daß viele Mächte sich bisher nicht verständigen konnten, hat der Völkerbund seinen Satzungen gemäß die Initiative zu ergreifen. An Amerika scheitert das bestimmt nicht. Man will aber nicht. Der andere hört vor allem nur das Nein.

### Deutsche Stimmenthaltung

Die deutsche Abordnung hat sich, nachdem ihre eigene Entschuldig gefallen war, vor die Frage gestellt gesehen, ob sie der überarbeiteten Resolution Paul-Boncour zustimmen sollte. Was den ausgedehnten Ausführungen des Grafen Bernstorff war das unmöglich. Sie konnte nur noch durch ein Veto jede Beschlußfassung verhindern. Davon ist sie zurückgegriffen. Sie hat genau wie die Ungarn Stimmenthaltung geübt, während die Exzellenz vor der Saal verließen. An dieser Haltung ist inoffiziell bereits jetzt vorgetragen worden. Ganz abgesehen davon man sie nicht vernünftiger hat auch keinen Inkonzessionen gehandelt. Vorher richter sich also nicht gegen ihn, sondern gegen die

Berliner Wilhelmstraße. Zur Begründung unserer Stellungnahme wurde ausgeführt, die Resolution bringe immerhin kleine Fortschritte. Das ist ihrer richtig, nur fällt das Angelegte der umfassenden Größe des Problems nicht zu schwer ins Gewicht. Wer etwas erreichen will, muß gewiß einmal ein Kompromiß auf hellem Wege machen, aber er muß sich dann darüber klar sein, daß er damit seine Ansprüche für die Zukunft, wenn auch nicht gefährdet, so doch in ihrer Schärfe läßt. Es wäre wirklich nicht darauf angekommen, auf die feinen Zugeländnisse zu verzichten, die praktisch doch keinen Wert haben, sondern einmal zu zeigen, daß man in dieser Frage unmaßgeblich ist. Gewiss würden wir als Störenfriede hingestellt, doch hat sich schon jetzt gezeigt, daß wir diesen Schicksal auch so nicht scheuen. Wir sind stärker als man in der Wilhelmstraße offenbar annimmt. Einmal ist unser Nachbarnpunkt unanfechtbar, was ja auch Paul-Boncour in seiner letzten Rede wieder ausgeprochen hat, sodann haben wir die Weltmeinung hinter uns. Wir sollen uns getrost an die Spitze stellen. Werden wir auch heute dafür mit Steinen beworfen, so fügen wir uns doch für die Zukunft damit den nicht zu unterschätzenden Ruhm, für die Abrüstung das Entscheidende geleistet zu haben. Im Vorfall kann man auch von der Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages Gebrauch machen, in der ja die automatische Abrüstung der anderen nach der unseren angeordnet wird. Das Saager Schiedsgericht könnte sich einer solchen Feststellung nicht entziehen.

### Die angelsächsische Spannung

Hier und da wird auf England als die treibende Kraft bei der Sabotage der Abrüstung hingewiesen. Nicht ohne Grund. Nur wird die Schuld damit etwas einseitig verlegt. Zur See führt London, zu Lande Paris. Beide haben sich in den gleichen Bemühungen getroffen. Auf ihr Marineabkommen eingezogen, erwidert sich, nachdem wir an dieser Stelle diese Frage beproben haben. Jetzt kommt es nur auf die politischen Ausrichtungen an. Dabei hat das Ungleichgewicht der französischen Antisisten den Stempel vergrößert. Die Veröffentlichung des geheimen Nachschreibens an die französischen Vorkämpfer durch New York American hat die Amerikaner äußerst erheitert. Findet sich doch darin die Wendung, daß Englands maritime Überlegenheit den Vereinigten Staaten gegenüber dauernd gehäuft bleiben müsse. Ob, wie bisweilen angenommen wird, auch der Dual D'Orsay bei der Indiskretion die Hand im Spiel hatte, um von den Vereinbarungen loszulassen, ist nicht sicher und auch schwer glaubhaft. Das hätte man einander haben können. Inzwischen bereitet Coolidge seine Note an die Westmächte vor. Sie wird weittragende Folgen haben. Nicht nur weil darin erklärt wird, daß Amerika an keiner Abrüstungskonferenz, mehr teilnehmen, was nur bedeuten kann, daß es jetzt seine Flottenverträge durchführt, sondern auch weil es die Lage derer Beziehungen zu Frankreich und England anündigt. In Frankreich ist man bereits auf dem Rückzug begriffen. Der Matin erklärt offenbar einseitig, man wolle ja nicht daran festhalten, sondern eine Verständigung mit Washington suchen. Doch kommt das zu spät. Das Mikrotium in der neuen Welt ist wohlgeordnet und wird sich sobald nicht bescheiden lassen. Die Spannung bleibt, bleibt wenigstens solange, bis auch in London ein Kurswechsel eingetreten ist. Bieleicht kommt er bei den Wahlen im April.

### Die Reparationsfrage

Wir haben an dieser Stelle von Anfang an stärkste Bedenken gegen den Plan des französischen Außenministers Briand geäußert, der eine Teilamortisierung der deutschen Obligationen vorschlug, um bei der Finanzierung der amerikanischen Hilfe entgegen zu können. Bei den Genfer Besprechungen ist man ja darauf zurückgekommen, mit dem Ergebnis, daß in diesem Sinne weiter verhandelt wird. Wir glauben in unserer Mutmaßung nicht falsch zu gehen, wenn wir sagen, daß unsere Bedenken heute auch an leitender Stelle geteilt werden. Die Gefahren sind bei einer solchen Regelung nicht zu verkennen. Das Frankreich will, ist klar. Erhält es seinen Anteil aus dieser Teilamortisierung, so kann es die im August nächsten Jahres fällig werdenden 406 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten zahlen. Es braucht dann nicht das sogenannte Mellon-Voranschlag-Abkommen zu ratifizieren, wogegen es sich bisher unter allerlei Vorwänden getraut hat. Wir würden der Regierung Wilsons oder ihrer Nachfolgerin zweifellos einen Dienst erwiesen. Ob man uns dafür die Abkürzung wirklich zugestehen, ist aber noch nicht unbedingt sicher. Einzelne Neuerungen lassen den entgegengesetzten Schluss zu. Dafür geraten wir aber mit Amerika einander. Schon jetzt hat das Reich Haus deutsch gegen ausgesprochen, daß es an der Abgabe beteiligt sein will und dafür gute Gründe angeführt. Einmal seine Teilnahme an den Einräumen des Dawesplanes, sodann seine Stellung bei der Abrüstung

dieses Planes. Das kann man nicht überhören. Wir haben auch nicht die mindeste Veranlassung, in Washington eine Zustimmung gegen uns aufkommen zu lassen, zumal ja niemand betreiben kann, daß die Fälligkeit der Gesamtschulden ohne die Hilfe Wallstreet gar nicht in Betracht kommt. Wir möchten auch ganz offen sagen, daß wir das Gefühl haben, als wenn die Westmächte im Hinblick auf ihre Spannung zu Washington, eine Veränderung des Weltplanes hinter uns gar nicht ungenügen würden.

### Die Stahlfabrik-Agitation

Nach seinem Vergehen gegen die Republik in Pärtenworte, der selbst die deutsche Volkspartei im Wahlkreis Frankfurt a./Oder-Graben zu einem Protest veranlaßt hat, kündigt der Stahlfabrik nunmehr einen untauglichen Gegenstoß gegen die Republik an. Er will nach kommunistischen Mustern die Form des Volksbewegens wählen. Einzelheiten gibt er nicht an. Man ist also lediglich auf ein Rätselraten angewiesen, an dem wir nicht teilnehmen. Das ergibt sich aus dem oben angeführten, weil sich die Deutschnationalen unter Führung von Westarp bemühen, in diese Angelegenheiten hineinzutreten und ihr die Richtung zu geben. Graf Westarp ist nun schon etwas klüger als die Zeitung des Verbandes und weiß, daß man nicht auf das Ganze gehen kann, ohne weiter Kreise abzustimmen. Befürchtend genug wurde die Bemerkung, daß sei der erste Schritt zur Monarchie, ohne weiter Kreise abzustimmen. Befürchtend genug wurde die Bemerkung, daß sei der erste Schritt zur Monarchie, ohne weiter Kreise abzustimmen. Befürchtend genug wurde die Bemerkung, daß sei der erste Schritt zur Monarchie, ohne weiter Kreise abzustimmen. Befürchtend genug wurde die Bemerkung, daß sei der erste Schritt zur Monarchie, ohne weiter Kreise abzustimmen.

Die Partei nicht bald gelingen, für christlich-nationale Einheitspartei zu werden, dann wird die Erfüllung dieser Aufgabe anderen christlich und national eingestellten Volks- und Parteigruppen zufallen.

### Zu dieser „Menschheit“

Ein Beispiel, wie durch sogenannte „Basisten“ die wertvollen Gedanken des Basistens ausgedehnt gerichtet werden, liefert die letzte Nummer der „Menschheit“. Es heißt in ihrer Ausgabe: „Eine offizielle deutsche Rede in Genf kann ich nur mit den peinlichsten Empfindungen lesen. Vor lauter Aufregung habe ich mich nicht fürchtend der europäischen Ausprägung fest niemand auf und reißt dem deutschen Doppelteufel einmal fürchterlich die Maske herunter und betreibt einen Lande, das solches Doppelteufel bildet, all und jedes Recht, die allgemeine Abrüstung zu fordern.“